

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
eine Verhinderung der Herstellung und des Imports von Laborfleisch

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung, insbesondere an das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz heranzutreten, um dem Nationalrat eine entsprechende Regierungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, die eine Verhinderung der Produktion und des Verkaufs von sogenanntem Laborfleisch zum Inhalt hat.

Begründung

Laborfleisch (In-vitro-Fleisch, Clean Meat oder Cultured Meat genannt) ist Fleisch, welches nicht durch traditionelle Aufzucht und Schlachtung lebender Tiere gewonnen wird.

Um Laborfleisch herstellen zu können, sind Stammzellen notwendig, welche aus dem Muskelgewebe eines lebenden Tieres gewonnen werden. Im Labor werden diese Zellen mit einer Nährlösung angereichert. Um sich vermehren zu können, ist ein sogenanntes Wachstumsserum notwendig. Dabei handelt es sich um Blut, welches den Kälber-Föten entnommen wird. Sowohl der Fötus als auch das Muttertier sterben bei dieser Methode. Weiters zeigen aktuelle Studien, dass bei der Produktion von Laborfleisch 20 Prozent mehr CO² freigesetzt wird als bei Fleisch aus natürlicher Tierhaltung.

Die Entwicklung dieser neuen laborgezüchteten Lebensmittelproduktion wirft viele Fragen auf, die zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission, Interessenvertretern und der Öffentlichkeit gründlich diskutiert werden müssen. Dazu gehören Sicherheitsrisiken für die menschliche Gesundheit oder bestimmte Kennzeichnungsanforderungen, um zu vermeiden, dass Verbraucher getäuscht werden.

Künstlich erzeugtes Fleisch aus dem Labor ist in den USA bereits Realität. Im September vergangenen Jahres hat ein deutsches Lebensmittelunternehmen erstmals ein Ansuchen auf Zulassung von künstlichem Fleisch im EU-Binnenmarkt gestellt.

Gemeinsam mit Frankreich, Italien und zehn weiteren EU-Mitgliedstaaten bildet Österreich die sogenannte "Kulinarik-Allianz". Diese setzt sich aus den jeweiligen Landwirtschaftsministern der teilnehmenden Länder zusammen. Diese fordern die Kommission und alle Mitgliedstaaten auf,

präventive Maßnahmen gegen die Monopolisierung der Lebensmittelproduktion zu ergreifen und die Versorgungssicherheit der Lebensmittelproduktion sicherzustellen, die von europäischen Bäuerinnen und Bauern garantiert wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern eine Verhinderung der Produktion und des Verkaufs von Laborfleisch in Österreich zum Schutz der Menschen und der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land.

Linz, am 16. Mai 2024

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Graf, Mahr, Handlos, Schießl, Dim, Hofmann, Kroiß, Fischer, Gruber, S. Binder, Klinger

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Zehetmair, Angerlehner, Grünberger, Hiegelsberger, Scheiblberger, Gneißl, Lengauer, Manhal